

Jochen Rube, FDP – Wahlkreis 166

1. Frauenpolitik

1.1 Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern?

Die FDP setzt sich für Chancengerechtigkeit in der Politik ein, lehnt jedoch gesetzliche Quoten für die Zusammensetzung der Parlamente ab. Statt Zwangsvorgaben setzen wir auf die Stärkung individueller Wahl- und Beteiligungsmöglichkeiten, um mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen. Wir wollen Barrieren abbauen, die Frauen an einer aktiven politischen Beteiligung hindern, beispielsweise durch bessere Vereinbarkeit von Mandat und Familie und gezielte Programme zur Förderung politisch engagierter Frauen. Entscheidend ist für uns, dass Mandate aufgrund von Kompetenz und demokratischer Wahl vergeben werden und nicht durch gesetzliche Quotenregelungen, die in die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger eingreifen.

1.2 Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen?

Die FDP setzt sich für eine eigenständige und faire Alterssicherung für Frauen ein, die Altersarmut gezielt verhindert. Ein zentrales Problem ist, dass viele Frauen aufgrund von Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit oder geringeren Einkommen niedrigere Rentenansprüche haben. Daher müssen strukturelle Hürden beseitigt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen gestärkt werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessern. Ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung ermöglichen Müttern eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Gleichzeitig stärken wir die ökonomische Freiheit von Frauen durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5. Familien und Alleinerziehende wollen wir entlasten, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessert wird. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege muss erleichtert werden, weshalb wir uns für den Ausbau von Kurz- und Tagespflegeangeboten für pflegebedürftige Angehörige einsetzen.

Um Altersarmut gezielt zu verhindern, wollen wir, dass Paare bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Care-Arbeit standardisiert die Möglichkeit des Rentenpunkte-Splittings wahrnehmen können. Gleichzeitig setzen wir uns für eine stärkere wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen ein – sei es durch eine bessere Förderung von Gründerinnen oder eine gezielte Begeisterung von Mädchen für MINT-Fächer und Entrepreneurship. Der Zugang von Frauen zu staatlich geförderten Venture-Capital-Fonds soll erleichtert werden, damit sie bessere Chancen auf Finanzierung und Wachstum ihrer Unternehmen haben. Zudem fordern wir einen flexiblen und freiwilligen Mutterschutz für selbstständige Frauen, damit Schwangerschaft nicht zum Hindernis für eine unternehmerische Tätigkeit wird.

Unser Ziel ist es, Altersarmut bei Frauen nicht nur abzumildern, sondern strukturell zu verhindern – durch bessere Erwerbsmöglichkeiten, faire Rentenregelungen und eine gezielte Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

1.3 In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform des Ehegattensplittings ein, die moderne Familienmodelle besser abbildet und partnerschaftliche Erwerbs- und Sorgearbeit stärkt. Viele Paare wünschen sich eine gleichberechtigte Aufteilung von Beruf und Familie, doch das aktuelle Steuerrecht setzt oft falsche Anreize. Wir wollen Eltern mehr Freiheit geben, ihre Familien- und Arbeitszeit flexibel und selbstbestimmt zu gestalten.

Deshalb fordern wir, dass das Elterngeld in voller Höhe (14 Monate) ausgezahlt wird, wenn beide Partner jeweils mindestens vier Monate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate können sie frei untereinander aufteilen. Gleichzeitig setzen wir uns für den Ausbau einer flächendeckenden, ganztägigen Kinderbetreuung ein, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Betriebskindergärten sollen stärker gefördert werden, damit Unternehmen familienfreundlichere Strukturen schaffen können.

Um mehr Flexibilität in der Arbeitswelt zu ermöglichen, wollen wir das veraltete Arbeitszeitgesetz durch eine modernere Regelung ersetzen. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing bzw. Topsharing und Homeoffice sollen sowohl Frauen als auch Männern die Möglichkeit geben, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Unser Ziel ist es, dass Familien selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben organisieren – ohne starre staatliche Vorgaben oder steuerliche Fehlanreize.

1.4 Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes?

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und Fairness bei der Entlohnung ein, lehnen jedoch zusätzliche bürokratische Hürden für Unternehmen ab. Statt neuer Berichtspflichten oder starrer Quoten setzen wir auf bessere Informationsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Maßnahmen, die tatsächlich zu mehr Lohngerechtigkeit führen.

Das Entgelttransparenzgesetz in seiner aktuellen Form hat sich als wenig wirksam erwiesen, weil es kompliziert, bürokratisch und für viele Betroffene nicht praxisnah umsetzbar ist. Wir wollen das Gesetz daher effektiver gestalten, indem wir den individuellen Auskunftsanspruch stärken und Verfahren vereinfachen, sodass Beschäftigte leichter prüfen können, ob sie fair bezahlt werden. Gleichzeitig setzen wir auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um die Ursachen für Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gezielt zu bekämpfen.

Unser Ziel ist es, Lohngerechtigkeit durch Transparenz und bessere Rahmenbedingungen zu fördern – ohne neue bürokratische Belastungen, die vor allem kleinere Unternehmen überfordern würden.

1.5 Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren?

Wir Freie Demokraten befürworten ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt nicht nur bei Führungspositionen, sondern in der Breite beruflicher Funktionen. Aufgabe des Staates ist es nicht, Diversity Management über Regulierung zu verordnen. Vielmehr geht es um politische Moderation und um die Rolle des Staates als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Wirtschaft, sozialer und öffentlicher Sektor sollen über Instrumente und den wirtschaftlichen Nutzen ganzheitlichen Diversity Managements informiert und Best Practice Dialoge sollen initiiert und unterstützt werden. Die Entwicklung einfacher und kostengünstiger Diversity-Konzepte für den Mittelstand sollen ebenfalls gefördert werden. Wir setzen uns für tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im politischen Betrieb ein. Starre Quoten oder ein Paritätsgesetz sind für uns jedoch keine geeigneten Maßnahmen hierfür. Stattdessen setzen wir auf eine offene und transparente Parteikultur und wollen die Rahmenbedingungen für politisches Engagement für alle verbessern.

1.6 In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern?

Wir Freie Demokraten setzen uns für echte Chancengerechtigkeit ein, statt Gleichstellung durch starre Quoten oder Zwangsvorgaben zu definieren. Unser Ziel ist es, gleiche Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, damit Frauen und Männer ihre Lebens- und Karrierewege frei gestalten können – unabhängig von staatlichen Vorgaben oder strukturellen Hürden.

Dazu gehört eine moderne Familienpolitik, die Frauen und Männern ermöglicht, Beruf und Familie selbstbestimmt zu vereinbaren. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, flexiblere Arbeitsmodelle und die Abschaffung steuerlicher Fehlanreize wie der Steuerklassen 3 und 5 sind essenzielle Bausteine für mehr Gleichberechtigung im Alltag. Wir setzen zudem auf faire Aufstiegschancen in der Arbeitswelt, die durch mehr Transparenz bei Gehältern und gezielte Förderung von Gründerinnen gestärkt werden sollen. Statt starre Quoten gesetzlich zu verankern, setzen wir auf eine Unternehmenskultur, die Vielfalt fördert und individuelle Leistung belohnt. Denn Gleichstellung bedeutet für uns nicht erzwungene Gleichheit im Ergebnis, sondern gleiche Chancen für alle – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Lebensmodell.

1.7 Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen?

Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Die steigende Zahl an Femiziden in Deutschland zeigt, dass wir mehr Schutz und wirksamere Hilfsangebote für Betroffene brauchen. Frauenhäuser müssen flächendeckend ausreichend Plätze bieten, weshalb wir

uns für ein bundesweites Online-Register einsetzen, das in Echtzeit verfügbare Kapazitäten anzeigt.

Zudem muss die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Strafverfolgung häuslicher Gewalt intensiviert werden. Betroffene müssen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Möglichkeit zur Spurensicherung erhalten.

Darüber hinaus setzen wir auf verstärkte digitale Prävention und fordern den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen sowie die vollständige Kostenübernahme für medizinische Behandlungen nach Vergewaltigungen. Ein weiterer Schlüssel zur Gewaltprävention ist eine umfassende, inklusive und geschlechtergerechte Sexuaufklärung, die Themen wie sexuelle Selbstbestimmung, Konsens und den Umgang mit Geschlechterrollen behandelt. Auch häusliche Gewalt muss stärker thematisiert werden. Schulen und Hochschulen sollten Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und geschlechtsbezogener Diskriminierung ergreifen – dazu gehören Präventionsprogramme, klare Meldewege für Betroffene und Schulungen für Lehrkräfte und Personal.

Unser Ziel ist ein konsequenter Schutz vor häuslicher Gewalt und eine Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen keinen Platz hat.

1.8 Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218?

Wir Freie Demokraten stehen hinter der Möglichkeit von Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch nach geltender Rechtslage vorzunehmen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine sachliche und ergebnisoffene Debatte über die Neuregelung des § 218 StGB ein. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§ 218, 218a StGB) soll im nächsten Deutschen Bundestag im Rahmen fraktionsübergreifender Gruppenanträge mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten beraten werden.

Unabhängig davon wollen wir die Angebote zur Beratung und medizinischen Versorgung von ungewollt schwangeren Frauen verbessern. Der Zugang zu einer sicheren und wohnortnahen medizinischen Versorgung muss gewährleistet sein, und Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, dürfen nicht durch strafrechtliche Regelungen eingeschüchtert oder kriminalisiert werden. Wir setzen uns für eine bessere Beratung, eine flächendeckende medizinische Versorgung und den Schutz betroffener Frauen vor Stigmatisierung ein.

Eine Reform des § 218 muss mit Augenmaß und unter Berücksichtigung medizinischer, ethischer und gesellschaftlicher Aspekte erfolgen. Unser Ziel ist eine Regelung, die sowohl die Selbstbestimmung der Frauen stärkt als auch einen verantwortungsvollen rechtlichen Rahmen wahrt.

1.9 Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung ein, die optimalen Diagnosen, Behandlungen und Präventionsmaßnahmen für alle sicherstellt. Medizinische Unterschiede zwischen Frauen und Männern müssen stärker in Forschung und Versorgung berücksichtigt werden, um geschlechterspezifische Erkrankungen besser zu erkennen und zu behandeln.

Deshalb wollen wir geschlechtersensible Forschung intensivieren, insbesondere zu Endometriose, PCOS, Lipödem, Brustkrebs sowie den Unterschieden zwischen Männern und Frauen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Zudem müssen diese Erkenntnisse Eingang in die breite medizinische Versorgung finden. Dazu setzen wir uns für eine gezielte Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und anderen Heilberufen ein, damit geschlechterspezifische Aspekte in Diagnostik und Therapie stärker berücksichtigt werden. Auch digitale Gesundheitsanwendungen und neue Technologien müssen geschlechtsspezifische Unterschiede besser abbilden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Versorgung für ungewollt Schwangere. Frauen müssen einen sicheren, wohnortnahen Zugang zu medizinischer Betreuung haben, und die Kostenübernahme eines Schwangerschaftsabbruchs muss gewährleistet sein. Bestehende medikamentöse Abbruchmethoden sollten leichter zugänglich gemacht und durch medizinisches Personal sowie Hebammen begleitet werden können. Unser Ziel ist eine moderne, geschlechtergerechte Gesundheitspolitik, die alle Menschen bestmöglich versorgt und individuelle Bedürfnisse berücksichtigt.

2. Frauen in der Landwirtschaft

2.1 In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln sicher?

Wir Freie Demokraten setzen auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die allen landwirtschaftlichen Betrieben gleiche Chancen bieten – unabhängig vom Geschlecht. Entscheidend ist nicht eine gesonderte staatliche Förderung für Frauen, sondern dass alle landwirtschaftlichen Betriebe, die wirtschaftlich arbeiten, einen fairen Zugang zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln haben.

Beim Erwerb oder der Pacht landwirtschaftlicher Flächen fordern wir mehr Transparenz und faire Vergabekriterien, damit alle Betriebe, unabhängig von der Betriebsform oder den Eigentümerstrukturen, gleiche Chancen haben. Das gilt auch für den Zugang zu Finanzmitteln: Kredite und Förderprogramme müssen leistungsorientiert vergeben werden, nicht nach Geschlecht.

Wir begrüßen es, dass es mittlerweile gezielte Angebote für Hofnachfolgerinnen und Existenzgründerinnen gibt, beispielsweise von der SVLFG (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau) oder der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Dies zeigt, dass die Wirtschaft und berufsständische Organisationen die Bedeutung von Frauen in der Landwirtschaft erkannt haben und gezielt unterstützen.

Unser Ziel ist es, wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe zu fördern – egal, ob sie von Frauen oder Männern geführt werden. Landwirtschaftliche Unternehmen sollen sich frei entwickeln können, ohne staatliche Vorgaben oder Quoten, sondern durch faire Marktbedingungen und gezielte Entlastungen.

2.2 Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?

Wir Freie Demokraten sehen keine Notwendigkeit für zusätzliche Berichtspflichten oder mehr Bürokratie für landwirtschaftliche Betriebe. Diese haben bereits genug administrative Aufgaben und sollten nicht weiter belastet werden. Stattdessen setzen wir darauf, Frauen in der Landwirtschaft durch bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gezielte Förderung und Weiterbildungsmöglichkeiten zu stärken. Ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung von Familien in der Landwirtschaft ist eine verlässliche Kinderbetreuung. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau flexibler und wohnortnaher Betreuungsangebote im ländlichen Raum ein. So erhalten Frauen die Möglichkeit, sich stärker in landwirtschaftlichen Betrieben zu engagieren oder unternehmerisch tätig zu werden, ohne dass Familie und Beruf in Konkurrenz stehen. Unser Ziel ist es, Frauen in der Landwirtschaft durch echte Chancen zu stärken – nicht durch zusätzliche Bürokratie.

2.3 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?

Viele Frauen in der Landwirtschaft haben aufgrund von unzureichender sozialer Absicherung ein erhöhtes Risiko für Altersarmut. Oft war ihre Arbeit in Familienbetrieben nicht als eigenständige Erwerbstätigkeit anerkannt, sodass Rentenansprüche niedriger ausfallen.

Wir setzen uns für eine bessere Absicherung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben ein. Wir wollen, dass Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind, gezielten Zugang zu Finanzberatung und Vorsorgeprogrammen erhalten, damit sie frühzeitig eigenständig für das Alter vorsorgen können. Das Rentenpunkte-Splitting bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Care-Arbeit muss auch in der Landwirtschaft stärker genutzt werden.

2.4 Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte Förderprogramme umsetzen?

Für uns Freie Demokraten bedeutet geschlechtergerechte Agrarförderung, dass landwirtschaftliche Familienbetriebe wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können – unabhängig davon, wer sie führt. Entscheidend ist nicht das Geschlecht, sondern die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Wir setzen uns dafür ein, dass die GAP-Fördermittel unbürokratisch und zielgerichtet vergeben werden, um Innovationen, Digitalisierung und nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen. Statt Quoten oder spezielle Vorgaben für Frauen fordern wir, dass alle landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer gleichermaßen von Förderprogrammen profitieren können.

2.5 Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?

Wir Freie Demokraten sehen Bildung und Weiterbildung als Aufgabe der berufsständischen Eigenorganisation, nicht des Staates. In der landwirtschaftlichen Ausbildung steigt der Anteil an Frauen bereits stetig, was zeigt, dass sich die Branche zunehmend öffnet. Entscheidend ist, dass alle – Frauen wie Männer – die Möglichkeit haben, sich in der Landwirtschaft weiterzubilden und beruflich zu entwickeln. Für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger müssen entsprechende Weiterbildungsangebote gestärkt werden, beispielsweise für Agrarbürofachfrauen und Agrarbürofachmänner oder andere spezialisierte Fortbildungen. Dabei kommt es darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Teilnahme an Kursen im ländlichen Raum erleichtern. Dazu gehört beispielsweise eine bessere Vereinbarkeit von Weiterbildung mit Familie und Betrieb, damit Männer und Frauen gleichermaßen von diesen Angeboten profitieren können.

Unser Ziel ist es, Freiräume für individuelle Entwicklung zu schaffen, statt staatliche Vorgaben zu machen. Die Landwirtschaft muss sich aus sich selbst heraus weiterentwickeln können – mit praxisnahen und flexiblen Bildungsangeboten für alle, die sich in diesem Bereich engagieren wollen.

3. Ländliche Räume

3.1 Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein. Dabei ist es uns wichtig, dass Patientinnen und Patienten einen schnellen Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten, während gleichzeitig Ärzte und Pflegekräfte entlastet werden.

In der Krankenhausversorgung wollen wir spezialisierte Angebote fördern, um eine höhere Behandlungsqualität sicherzustellen und gleichzeitig die Kostenentwicklung zu bremsen. Die mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) begonnenen Reformen, die zu mehr Qualität und Effizienz führen sollen, werden wir fortsetzen. Damit der notwendige Strukturwandel in der stationären Versorgung nicht ungesteuert verläuft, haben wir den Ländern bereits mit dem KHVVG Planungsinstrumente an die Hand gegeben, um ihre Sicherstellungsaufgaben besser erfüllen zu können. In der ambulanten Versorgung setzen wir uns für ein Primärärztsystem ein, bei dem Haus- und Kinderärzte die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sind. Um eine flächendeckende ärztliche Versorgung sicherzustellen, fordern wir eine leistungsgerechte, ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe. Gerade im ländlichen Raum muss es attraktiver werden, als Arzt oder Ärztin zu arbeiten. Hier setzen wir auf moderne Vergütungsmodelle, eine bessere Unterstützung für Landarztpraxen und den verstärkten Einsatz digitaler Lösungen, um Distanzen zu überbrücken. Ein weiterer Schwerpunkt ist die bessere Vernetzung aller Versorgungsbereiche. Krankenhäuser, Arztpraxen, Notfalldienste und Rettungsdienste müssen durch eine umfassende Notfallreform besser integriert und koordiniert werden. Wir wollen die künstlichen Sektorenbarrieren zwischen ambulanter und stationärer Versorgung konsequent abbauen und die Verzahnung aller Gesundheitsbereiche vorantreiben.

Gerade für den ländlichen Raum ist eine moderne, zukunftssichere Gesundheitsversorgung entscheidend, damit Menschen auch außerhalb von Ballungszentren die gleiche Qualität an medizinischer Betreuung erhalten. Dafür setzen wir uns mit konkreten Maßnahmen und gezielten Reformen ein.

3.2 Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?

Ja, die Geburtshilfe gehört für uns zur medizinischen Grundversorgung. Gerade im ländlichen Raum beobachten wir mit großer Sorge, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Geburtsstationen geschlossen wurden. Das ist nicht hinnehmbar, denn es geht um Leben und Gesundheit von Müttern und Kindern. Eine wohnortnahe Geburtshilfe muss gewährleistet sein, damit Schwangere nicht lange Wege

auf sich nehmen müssen und im Notfall schnelle Hilfe gewährleistet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Geburtshilfe auch in ländlichen Regionen gesichert und gestärkt wird – durch bessere finanzielle Unterstützung für Krankenhäuser, attraktivere Arbeitsbedingungen für Hebammen und Ärztinnen sowie eine gezielte Förderung der Geburtshilfe-Infrastruktur.

Zudem muss auch die Nachsorge für betroffene Familien nach Fehl- und Totgeburten verbessert werden. Neben der medizinischen Betreuung braucht es ausreichend Unterstützungsangebote, darunter spezialisierte Rückbildungskurse für Mütter von Sternenkindern. Geburtshilfe endet nicht mit der Entbindung – sie muss Familien in allen Situationen begleiten.

3.3 In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?

Die häusliche Pflege ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und muss gestärkt werden, um Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, pflegende Angehörige besser zu entlasten, indem Pflegegeld- und Sachleistungsmodelle flexibler gestaltet werden und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert wird. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, damit der Zugang zu Pflegeleistungen einfacher und schneller erfolgt. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Bekämpfung des Fachkräftemangels in der ambulanten Pflege. Durch attraktivere Arbeitsbedingungen und gezielte Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft ausreichend Pflegepersonal zur Verfügung steht. Zudem sehen wir große Chancen in der Digitalisierung und dem Einsatz innovativer Technologien, beispielsweise in der Telemedizin und durch digitale Unterstützungsangebote, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entlasten können. Unser Ziel ist es, Menschen mehr Freiraum für individuelle Pflegearrangements zu geben, anstatt sie durch starre Vorgaben einzuschränken.

3.4 Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?

Um vom Leerstand bedrohte Dörfer und Stadtteile zu beleben, wollen wir einen Vitalisierungsfonds schaffen, mit dem Kommunen beim An- und Verkauf von Leerstandsflächen unterstützt werden. Die Hessische Landgesellschaft (HLG) soll hierfür eine erweiterte Aufgabenstellung erhalten.

Strukturschwache Kommunen, die nicht eigenständig handeln können, sollen mit zinslosen Darlehen für bis zu 24 Monate gefördert werden, um innerörtliche Neubaupotenziale zu erschließen. Durch eine gezielte Einbindung der Denkmalpflege können Kommunen durch Abbruch und Grundstücksbereinigung Flächen für neue Wohnprojekte entwickeln, ohne weiter in die Fläche zu wachsen. Der Fonds finanziert sich langfristig durch den Weiterverkauf dieser aufbereiteten Flächen.

Insbesondere junge Familien sollen beim Erwerb von Wohneigentum im ländlichen Raum unterstützt werden. Mit unserem landesweiten Startcheck „Jung kauft alt“ setzen wir gezielt Anreize für junge Familien, ältere Gebäude in Ortskernlagen zu erwerben und zu sanieren. Über die WI-Bank wollen wir zinsvergünstigte Darlehen bereitstellen, um Wohneigentum auf dem Land attraktiver zu machen. So vermeiden wir Leerstand, erhalten bestehende Bausubstanz und beleben die Ortskerne.

Darüber hinaus braucht es eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur, damit das Leben auf dem Land nicht nur bezahlbar, sondern auch komfortabel bleibt. Dazu gehören ein leistungsfähiger ÖPNV, digitale Anbindungen, wohnortnahe Bildungs- und Betreuungsangebote sowie eine gute medizinische Versorgung. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum nicht als Randgebiet zu behandeln, sondern als attraktiven Lebensraum mit Zukunftsperspektiven für Familien, Berufstätige und Unternehmen.

3.5 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?

Wir Freie Demokraten setzen auf eine moderne, flexible und bedarfsgerechte Mobilität im ländlichen Raum. Ziel ist es, den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten, um auch außerhalb der Städte gut angebunden zu sein – sei es durch den öffentlichen Nahverkehr, individuelle Mobilitätsangebote oder neue Technologien.

Ein zentraler Ansatz ist die Verbesserung der Anbindung und die Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger. Wir setzen uns für eine kundenorientierte Entwicklung der Haltepunkte in ländlichen

Regionen ein und prüfen die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken, um den öffentlichen Nahverkehr gezielt zu stärken.

Darüber hinaus sehen wir die Digitalisierung als Schlüssel für innovative Mobilitätslösungen. Durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur können flexible und bedarfsgerechte Angebote wie On-Demand-Verkehre, digitale Mitfahrplattformen und intelligente Verkehrssteuerung ermöglicht werden. Solche Lösungen können den klassischen Linienverkehr ergänzen und insbesondere in strukturschwachen Regionen eine echte Alternative zum eigenen Auto bieten.

Gleichzeitig fordern wir mehr Investitionen in die Straßeninfrastruktur, denn auch im ländlichen Raum bleibt das Auto für viele Menschen unverzichtbar. Ein gut ausgebautes Straßennetz und moderne Verkehrswege sind entscheidend für eine leistungsfähige Mobilität.

Wir setzen auf Innovation und Technologieoffenheit, um die Mobilitätswende im ländlichen Raum erfolgreich zu gestalten. Statt Verbote und Einschränkungen brauchen wir smarte Lösungen, die individuelle Freiheit erhalten, aber gleichzeitig klimafreundliche und nachhaltige Alternativen schaffen. Nur durch ein Zusammenspiel aus öffentlichen, digitalen und individuellen Mobilitätsangeboten wird der ländliche Raum langfristig attraktiv und zukunftsfähig bleiben.

4. Ernährung

4.1 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung und den Ausbau der Verbraucherberatung ein. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen überall – auch im ländlichen Raum – Zugang zu unabhängiger Beratung erhalten. Deshalb wollen wir die Verbraucherzentrale Hessen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, um ihr Angebot zukunftssicher weiterzuentwickeln.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Erweiterung der digitalen Verbraucherberatung. Bereits bestehende digitale Angebote sollen ausgebaut werden, sodass alle Informationen und Beratungsleistungen, die offline verfügbar sind, auch online genutzt werden können – sei es durch virtuelle Beratungstermine oder als Informationsangebot „on demand“. Dies ermöglicht eine schnellere Terminvergabe, eine größere Reichweite und ein breiteres Themenspektrum.

Zudem wollen wir die Struktur der Beratungsstellen flexibler gestalten, indem mobile Beratungsteams oder Kooperationen mit bestehenden Anlaufstellen wie kommunalen Bürgerbüros gefördert werden. So kann gewährleistet werden, dass auch Menschen in Regionen ohne feste Beratungsstellen Unterstützung erhalten.

Unser Ziel ist es, die Verbraucherberatung effizient, modern und flächendeckend zugänglich zu machen – sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum.

4.2 Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?

Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Informationskampagnen. Diese sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die richtige Lagerung von Lebensmitteln und eine bessere Einkaufsplanung zu schärfen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). Wir Freie Demokraten wollen die Menschen dazu ermutigen, sich stärker auf ihre eigenen Sinne zu verlassen, um zu entscheiden, ob ein Lebensmittel noch genießbar ist, anstatt sich ausschließlich auf das MHD zu verlassen. Zusätzlich könnten Anreize für Supermärkte und Restaurants geschaffen werden, um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

4.3 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?

Wir Freie Demokraten setzen auf Bildung, Qualität und Eigenverantwortung, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu fördern. Anstatt auf staatliche Regulierungen und Verbote zu setzen, wollen wir Menschen befähigen, fundierte und selbstbestimmte Ernährungsentscheidungen zu treffen.

Ein zentrales Anliegen ist die Verankerung von Ernährungsbildung bereits in der frühkindlichen Bildung. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir Bildungsprogramme stärken und effektiver gestalten, sodass Kinder früh lernen, welche Bedeutung eine ausgewogene Ernährung für Gesundheit und

Wohlbefinden hat. Auch in Schulen sollen entsprechende Bildungsangebote weiter ausgebaut werden, um Wissen über gesunde und klimabewusste Ernährung praxisnah zu vermitteln. Darüber hinaus setzen wir auf bessere Beratung und Information für alle Altersgruppen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Möglichkeit erhalten, sich wissenschaftlich fundiert über gesunde Ernährung zu informieren, beispielsweise durch digitale Bildungsplattformen, freiwillige Lebensmittelkennzeichnungen und unabhängige Beratungsangebote. Wir wollen Anreize statt Verbote schaffen und setzen uns für eine bessere Qualität und Transparenz bei Lebensmitteln ein. Unser Ziel ist es, dass Menschen sich eigenverantwortlich für eine gesunde und klimabewusste Ernährung entscheiden können – ohne staatliche Bevormundung, sondern durch bessere Bildungsangebote und verlässliche Informationen.

4.4 Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?

Wir Freie Demokraten setzen auf Bildung, Marktanreize und Innovationsförderung anstelle staatlicher Eingriffe in Ernährungs- und Produktionsentscheidungen. Die landwirtschaftliche Produktion folgt der Nachfrage – nicht umgekehrt. Deshalb ist es entscheidend, das Wissen über gesunde Ernährung bereits früh zu vermitteln, damit Verbraucherinnen und Verbraucher informierte Entscheidungen treffen können. Wir wollen Ernährungsbildung bereits in der KiTa und Schule stärken, damit Kinder früh die Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung verstehen. Verändert sich das Konsumverhalten, wird auch die heimische Landwirtschaft darauf reagieren und davon profitieren. Statt Vorgaben setzen wir auf bessere Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Produktion diversifizieren wollen. Durch den Abbau bürokratischer Hürden, eine gezielte Innovationsförderung und bessere Vermarktungsmöglichkeiten sollen Landwirtinnen und Landwirte flexibler auf Marktveränderungen reagieren können. Staatliche Eingriffe zur Lenkung des Konsumverhaltens oder zur Steuerung landwirtschaftlicher Produktionsentscheidungen lehnen wir ab. Die Transformation der Landwirtschaft muss aus dem Markt und durch eine informierte Verbraucherentscheidung heraus erfolgen – nicht durch Bevormundung oder Zwang.

4.5 Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?

Wir Freie Demokraten setzen auf Innovationsförderung und marktwirtschaftliche Lösungen – auch im Bereich der Insekten-Biotechnologie. Die industrielle Zucht von Insekten bietet nachhaltige Alternativen in verschiedenen Bereichen, darunter Kosmetik, Autoindustrie und Baustoffe. Wir begrüßen daher Projekte wie die geplante Ansiedlung einer Insektenfarm am Fraunhofer-Institut in Gießen, da sie Forschung, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze fördern können. Auch in der Landwirtschaft kann die Insektenzucht eine Rolle spielen, insbesondere als Proteinquelle für Tierfutter oder als Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Hier sehen wir Potenzial für innovative Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe, die sich in diesem Bereich engagieren möchten. Eine staatliche Förderung der Konsumentennachfrage für Insekten als Lebensmittel lehnen wir jedoch ab. Die Entscheidung, ob Insekten Teil der Ernährung werden, liegt bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wir setzen darauf, dass sich neue Produkte durch Qualität, Preis und Akzeptanz am Markt durchsetzen – nicht durch staatliche Lenkung oder Subventionen. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sollten gefördert werden, um Deutschland als modernen Innovationsstandort weiter zu stärken.

5. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz

5.1 Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher*innen vor?

Wir Freie Demokraten setzen auf Eigenverantwortung, Transparenz und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, um klimabewusste Ernährung zu fördern. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten auf Grundlage verlässlicher Informationen selbstbestimmt entscheiden können, welche Ernährungsweise sie für sich als klimafreundlich erachten.

Regionalität und Saisonalität sind aus unserer Sicht die zentralen Hebel für eine nachhaltigere Ernährung. Daher setzen wir auf die Förderung regionaler Vermarktungsstrukturen wie Hofläden, Wochenmärkte und Direktvermarktung sowie auf Innovationen wie teilmobile Schlachtung, um Tiertransporte zu reduzieren. Eine nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft funktioniert dann am besten, wenn sie wirtschaftlich tragfähig bleibt und durch verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt wird.

Zudem ist Ernährungsbildung entscheidend, um Verbraucherinnen und Verbrauchern Wissen über die Saisonalität von Obst- und Gemüsesorten zu vermitteln. Statt Verbote oder staatliche Lenkung fordern wir mehr Transparenz über die ökologischen Auswirkungen von Lebensmitteln, damit Menschen eigenverantwortlich klimabewusste Entscheidungen treffen können. Unser Ziel ist es, nachhaltige Ernährung durch Anreize, Innovation und Bildung zu unterstützen – nicht durch Bevormundung oder Regulierung.

5.2 Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Wir Freie Demokraten wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Verantwortung für ihre eigene Ernährungsweise nicht abnehmen. Bei gesunder Ernährung kommt es auf jeden Einzelnen an, nicht auf Scheinlösungen, die in Parlamenten getroffen werden.

5.3 Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?

Landwirtschaft ist AUCH Wirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen, dass Landwirte endlich wieder als das wahrgenommen werden, was sie sind, nämlich Unternehmer. Wir wollen nicht, dass Landwirte zu staatlich finanzierten Landschaftsgärtnern gemacht werden. Die Landwirte sollen von ihren selbst erwirtschafteten, am Markt erlösten Gewinnen leben können.

Eine intensive landwirtschaftliche Produktion steht nicht im Widerspruch zu Nachhaltigkeit, Natur-, Arten- und Tierschutz. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen gibt es Zielkonflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten. Die müssen bestmöglich gelöst werden. Es geht nicht darum, den Wunsch nach einer niedlichen Bilderbuch-Landwirtschaft zu befriedigen. Notwendig ist eine Politik, die die gesamte Landwirtschaft nachhaltiger und zugleich produktiver macht, statt die Nachhaltigkeit auf Kosten der Produktivität zu verbessern.

5.4 Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?

Wir Freie Demokraten wollen eine optimale Flächenkreislaufwirtschaft etablieren und dadurch eine Reduzierung des Flächenverbrauchs erreichen. Dazu zählt auch, die Flächenentsiegelung gezielt zu fördern.

5.5 Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuersiegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen? Wir Freie Demokraten wollen eine positive wirtschaftliche Entwicklung erreichen und dabei möglichst sparsam mit der Versiegelung neuer Flächen umgehen.

6. Ehrenamt und Demokratie

6.1 Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?

Wir Freie Demokraten unterstützen die Errichtung eines Demokratiefördergesetzes, das als schlankes Gesetz konzipiert ist, um Maßnahmen der Demokratieförderung zu ordnen. Der Gesetzentwurf sieht vor, bestehende Förderprogramme unter einem gemeinsamen rechtlichen Dach zu bündeln, um eine langfristige, altersunabhängige und bedarfsorientierte Förderung zu ermöglichen.

Die FDP legt Wert darauf, dass die geförderten Institutionen und Organisationen sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und die Demokratie, Freiheit und Liberalität der Gesellschaft verteidigen und fördern.

6.2 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?

Ein zentraler Ansatz ist die Förderung und Bedeutung von Bildung und Aufklärung, um das Bewusstsein für demokratische Werte zu stärken. Die FDP setzt sich für eine umfassende politische Bildung ein, die

bereits in Schulen beginnt und lebenslanges Lernen fördert. Zudem sollen für eine lebhafte Demokratie Presse- und Meinungsfreiheit geschützt werden. Für das Ehrenamt wollen wir Haftungsrisiken und Bürokratie drastisch reduzieren. Darüber hinaus setzen wir uns für die Anpassung von Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüssen sowie relevanten Einnahmegrenzen ein. Das ist ein Zeichen der Anerkennung für ihre wichtige Arbeit.

6.3 Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?

Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Abbau bürokratischer Hürden, um den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern und die Attraktivität des Engagements zu erhöhen. Die FDP betont die Notwendigkeit flexibler Arbeitszeitmodelle, die es den Menschen ermöglichen, auch ihre beruflichen Verpflichtungen mit ehrenamtlichem Engagement zu vereinbaren.

1. Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern?

Es braucht die tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im politischen Betrieb. Statt aber gesetzlicher Quoten, die die Freiheit der Wahl und der Parteien unzulässig einschränken, möchte ich die Rahmenbedingungen für politisches Engagement insgesamt verbessern, um Parität zu erreichen. Förderprogramme, Mentoring und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dabei konkrete Hebel, um die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen.

2. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen?

Um Altersarmut bei Frauen zu bekämpfen, ist es wichtig, ihre Erwerbsmöglichkeiten zu stärken. Ich möchte flexible Arbeitszeitmodelle fördern, den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und den flächendeckenden Ausbau von Kitaplätzen vorantreiben. Zusätzlich setze ich mich für eine bessere Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversorgung sowie für eine Stärkung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ein.

3. In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren?

Fakt ist: Das Ehegattensplitting hat sich als Prinzip einer gerechten Besteuerung von Ehepaaren grundsätzlich bewährt. Gleichzeitig hat die FDP bereits in ihrer Regierungszeit Reformvorschläge auf den Weg gebracht, um die ökonomische Freiheit beider Lebenspartner weiter zu stärken. So sollen konkret ab 2030 beide Lebenspartner die Steuerklasse 4 erhalten. Dies soll insbesondere Partner in Teilzeit motivieren, da die derzeitige Steuerklasse 5 überproportional hohe Abzüge mit sich bringt.

4. Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes?

Ich unterstütze Maßnahmen, die mehr Transparenz bei der Entlohnung gewährleisten, ohne dabei jedoch zusätzlichen bürokratischen Mehraufwand für die Unternehmen zu verursachen. Damit ist nämlich niemandem geholfen. Das Entgelttransparenzgesetz in seiner jetzigen Form führt allerdings genau zu letzterem. Hier gilt es zu entschlacken und die Bedeutung von Flexibilität und Eigenverantwortung der Unternehmen zu stärken. Synergieeffekte durch digitale Lösungen und freiwillige Selbstverpflichtungen sind hierbei mein Ansatz, um Entgeltgleichheit sicherzustellen und geschlechterspezifische Diskriminierung abzubauen.

5. Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren?

Die wirtschaftliche Gleichstellung kann durch den Abbau der strukturellen Hürden im Arbeitsmarkt erreicht werden. Dazu gehören flexible Arbeitszeitmodelle, verbesserte Kinderbetreuung und die gezielte Förderung von Frauen in den MINT-Fächern, in Führungspositionen und bei der Erschließung von Entrepreneurship-Netzwerken. Bildung und Weiterbildung spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Insbesondere braucht es einen

flexiblen und freiwilligen Mutterschutz für selbstständige Frauen. Denn eine Schwangerschaft darf nicht zum Hindernis oder Hemmnis für eine Gründung werden.

6. In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern?

Gleichstellung ist ein Grundpfeiler unserer liberalen Gesellschaft. Ich setze mich für Gesetze ein, die Diskriminierung verhindern und Chancengleichheit gewährleisten. Dabei ist es wichtig, Überregulierung zu vermeiden und Freiheit sowie Eigenverantwortung zu fördern. Gleichstellungspolitik ist hierbei eine Querschnittsaufgabe und muss in allen politischen Bereichen konsequent mitgedacht werden.

7. Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen?

Der Schutz vor häuslicher Gewalt hat für mich höchste Priorität. Ich setze mich für die verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen ein. Kurzum: Frauen, die sich in einer solchen Extremsituation befinden, muss niedrigschwellig und diskret geholfen werden. Insbesondere braucht es ein entsprechendes Online-Register, das in Echtzeit verfügbare Frauenhausplätze anzeigt. Bund und Länder sollen die Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung intensivieren und Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung ermöglichen.

8. Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218?

Ich befürworte eine Entkriminalisierung und eine zeitgemäße Reform des § 218. Frauen sollten selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden dürfen. Wichtig sind dabei ein flächendeckendes Beratungsangebot und der Zugang zu sicheren medizinischen Leistungen.

9. Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?

Ich möchte geschlechterspezifische Gesundheitsforschung fördern und sicherstellen, dass optimale Diagnosen, Behandlungen und Prävention für alle bestmöglich gewährleistet werden. Dies setzt zunächst das entsprechende Problembewusstsein in der Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal voraus. Den medizinischen Wissenstransfer zwischen Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und allen anderen Heilberufen gilt es im Hinblick auf geschlechtsspezifische Unterschiede zu intensivieren.

10. In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln sicher?

Ich setze mich für den Abbau von Diskriminierung bei der Vergabe von Krediten und Fördermitteln ein. Durch gezielte Programme unterstützen wir Frauen bei Gründungen und landwirtschaftlichen Projekten, sodass sie gleichermaßen Zugang zu Ressourcen erhalten können. Auch gezielte Beratungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft können hier ein geeignetes Mittel darstellen.

11. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?

Durch eine geschlechterdifferenzierte Datenerhebung können wir die Rolle von Frauen in der Landwirtschaft sichtbar machen. Dies ermöglicht gezielte Fördermaßnahmen und stärkt die Anerkennung und Sichtbarmachung ihrer geleisteten Arbeit.

12. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?

Ich plädiere für eine faire soziale Absicherung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben. Dazu gehören verbesserte Rentenmodelle für Bäuerinnen, die auch ihre Leistungen in Pflege- und Erziehungszeit anerkennen. Darüber hinaus bedarf es mehr Anreize für die private Altersvorsorge.

13. Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte Förderprogramme umsetzen?

Ich setze mich dafür ein, dass Förderprogramme der GAP gezielt Frauen unterstützen (Gender-Budgeting). Dies beinhaltet Zugang zu Bildung, Technologie und Ressourcen, um ihre gleichberechtigte Teilhabe zu stärken.

14. Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?

Ja, ich unterstütze die Entwicklung von Bildungsangeboten, die speziell auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen in der Landwirtschaft zugeschnitten sind. Dies beinhaltet insbesondere den Ausbau analoger sowie digitaler Fortbildungen zu einer Vielzahl an Themen, beispielsweise im Bereich der Digitalisierung, einer nachhaltigen Landwirtschaft oder der Betriebsführung.

15. Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?

Es braucht Anreize für Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal insgesamt, sich im ländlichen Raum anzusiedeln. Die FDP hat sich in der Vergangenheit bereits konkret für eine Reform des gegenwärtigen Budgetierungssystems eingesetzt, sodass Hausärztinnen und -ärzte auch tatsächlich für alle erbrachten Leistungen bezahlt werden können. Des Weiteren braucht es die dringend benötigte Entbürokratisierung im Gesundheitswesen. So lässt sich eine patientenorientierte Versorgung sicherstellen. Darüber hinaus können Telemedizin und mobile Gesundheitseinrichtungen ergänzend eingesetzt werden.

16. Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?

Absolut. Geburtshilfe ist ein essentieller Bestandteil der medizinischen Grundversorgung. Ich setze mich für den Erhalt und Ausbau von Geburtsstationen und die Unterstützung von Hebammen ein.

17. In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?

Ich möchte pflegende Angehörige entlasten, zum Beispiel durch finanzielle Unterstützung, flexible Arbeitszeitmodelle und den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen. Darüber hinaus muss die Pflegeleistung der Angehörigen anerkannt werden – beispielsweise bei der Rente.

18. Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?

Durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur, vielfältige Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote sowie eine verbesserte Verkehrsanbindung können wir die Attraktivität des ländlichen Raums steigern. Außerdem braucht es in puncto Nahversorgung die Förderung innovativer Dorfladenkonzepte. Auch sollten wir neue flexible Wohnformen für alle Generationen, die in immer mehr ländlichen Gebieten entstehen, stärker unterstützen.

19. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?

Ich unterstütze flexible Verkehrskonzepte wie Rufbusse, Mitfahrplattformen, Anruf-Sammel-Taxis oder Bürgerbusse. Diese gilt es mit den bestehenden Strukturen des ÖPNV oder auch des Individualverkehrs besser zu vernetzen. Hierbei braucht es digitale Lösungen, um alle Verkehrsträger optimal miteinander zu verzahnen und somit auch ein lückenloses Mobilitätsangebot im ländlichen Raum zu schaffen. Auch Streckenreaktivierungen können in einzelnen Regionen ein geeignetes Mittel sein, um die Mobilitätswende voranzubringen. Dies gilt es ergebnisoffen zu prüfen.

20. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?

Verbraucherbildung ist mir sehr wichtig und ich möchte diese entschieden stärken, um mündige Entscheidungen zu ermöglichen und Raum für fairen Wettbewerb und kluge Innovationen entstehen zu lassen. Konkret möchte ich die Verbraucherberatung durch eine Ausweitung der digitalen Beratungsmöglichkeiten stärken. Ziel muss es sein, das Angebot der Verbraucherzentralen umfassender, schneller und kostengünstiger zugänglich zu machen. Bereits bestehende digitale Angebote sollten erweitert werden, sodass alles, was offline angeboten wird, auch online verfügbar sein kann. Durch verschiedene digitale Mittel kann ein größeres Themenspektrum der Verbraucherberatung abgedeckt und auch eine schnellere und effizientere Terminvergabe in den Beratungsstellen erreicht werden.

21. Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?

Durch Aufklärungskampagnen und Bildungsprogramme möchten wir Verbraucherinnen und Verbraucher sensibilisieren. Das sollte bereits in den Schulen beginnen. Digitale Lösungen, Apps und Initiativen, wie zum Beispiel „Too good to Go“, können helfen, den Verbrauch besser zu planen und Reste sinnvoll zu verwenden. Dies gilt es zu unterstützen.

22. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?

Ich plädiere für die Integration von Ernährungsbildung in Schulen und fördere Initiativen, die zu einem bewussteren Konsum anregen. Praxisnahe Projekte in den Schulen und Kitas sind hierbei ein geeigneter Weg. Finanzierung kann durch öffentliche Mittel und Kooperationen mit der Wirtschaft erfolgen.

23. Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?

Grundsätzlich benötigt es zunächst eine zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft, um die Lebensmittelerzeugung nachhaltiger zu gestalten. Dies beinhaltet die Förderung innovativer Produktions- und Züchtungsmethoden in der Pflanzenzucht. Auch hier sollten Digitale Lösungen stärker berücksichtigt werden, um die Produktivität zu steigern und gleichzeitig die Nachhaltigkeit zu fördern, ohne hier die Bäuerinnen und Bauern finanziell zu überfordern. Durch gezielte Förderprogramme für Landwirte, die auf diversifizierte und nachhaltige Anbaumethoden setzen sowie durch mehr Forschung und Innovation können wir diesen Wandel darüber hinaus weiter unterstützen.

24. Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?

Ich begrüße innovative Ansätze in der Ernährung, einschließlich der Nutzung von Insekten als nachhaltige Proteinquelle. Wichtig sind dabei Verbraucheraufklärung und die Sicherstellung von Hygiene und Qualität. Forschungsvorhaben in diese Richtung unterstütze ich, jedoch lehne ich eine zwanghafte Marktetablierung ab.

25. Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucherinnen vor?*

Klimabewusste Ernährung bedeutet Vielfalt und Regionalität. Ich möchte Verbraucherinnen und Verbraucher informieren, ohne vorzuschreiben, was sie zu essen haben. Eine vielfältige Auswahl ermöglicht bewusste Entscheidungen. Ich befürworte hierbei eine Förderung regionaler Produkte und nachhaltiger Landwirtschaft anstelle von staatlichen Vorgaben.

26. Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Ja, ich unterstütze Ernährungsempfehlungen, sofern sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und keine Verbote beinhalten. Empfehlung heißt hierbei das Stichwort. Staatliche Vorgaben oder Verbote, die den Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben, wie sie sich zu ernähren haben, lehne ich ab. Ich setze hier auf die Eigenverantwortung der Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht auf den erhobenen Zeigefinger des Staates.

27. Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?

Ich sehe eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft, die Innovationen nutzt und gleichzeitig umweltbewusst handelt. Technologie und Tradition gehen dabei Hand in Hand, um Ernährungssicherheit und Qualität zu gewährleisten. Um unsere heimische Landwirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu gestalten, brauchen wir innovative Produktions- und den Einsatz neuer Züchtungsmethoden. Damit lässt sich die Produktivität unserer Landwirtschaft steigern und gleichzeitig die Nachhaltigkeit fördern.

28. Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?

Ich unterstütze die Einführung eines Flächenzertifikatehandels. Dieses System ermöglicht es Kommunen, Flächen untereinander zu handeln. Die Zertifikate sollen erforderlich sein, wenn Außenbereiche in Bauland umgewandelt werden sollen. Durch diesen Handel mit Kompensationsflächen kann eine Beschleunigung von Vorhaben erreicht werden, von der sowohl die Natur als auch die Vorhabenträger profitieren, da die Kompensationsflächen bereits vor Maßnahmenbeginn existieren. Die FDP hat bereits erste Erfolge in diesem Bereich erzielt und strebt eine Weiterentwicklung an, um weiteres Potenzial zu nutzen.

29. Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuversiegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen?

Ich unterstütze das Ziel, indem wir nachhaltige Bauweisen fördern und gesetzlichen Rahmen setzen, der Neubau auf unversiegelten Flächen begrenzt. Hierfür muss Politik Anreize schaffen. Darüber hinaus spielen Innovationen im Bauwesen und der Abbau unnötiger Bürokratie hier eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige Flächennutzung. Beides gilt es voran zu treiben.

30. Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?

Ich stehe einer gesetzlichen Regelung offen gegenüber, die Demokratieprojekte fördert. Dabei ist wichtig, bürokratische Hürden gering zu halten, eine für jeden transparente Förderstruktur zu schaffen und die ehrenamtlichen Initiativen gleichberechtigt zu unterstützen. Ziel muss es sein, die Vielfalt der Zivilgesellschaft zu unterstützen und ideologische Einseitigkeit zu verhindern.

31. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?

Wichtigster Punkt für die Stärkung des Ehrenamtes ist für mich der Abbau der vielen unnötigen und überbordenden bürokratischen Strukturen – sei es in der Vorstandsarbeit, bei den Finanzämtern oder bei der Beantragung von Fördergeldern. Darüber hinaus sollte ehrenamtliche Arbeit stärker wertgeschätzt und anerkannt werden – zum Beispiel durch Anrechnung bestimmter Ehrenämter bei Steuer oder Rente.

Demokratische Strukturen und Teilhabe stärkt man am besten durch politische Bildung. Daher setze ich mich für den Erhalt und Ausbau der politischen Bildungsangebote ein. Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung leisten hierbei eine hervorragende Arbeit, die es zu fördern gilt.

32. Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?

Ich setze mich dafür ein, dass wir bessere Rahmenbedingungen im Arbeitsrecht schaffen und flexiblere Arbeitszeitmodelle ermöglichen. Ehrenamtliche Tätigkeit und der Einsatz für unsere Gesellschaft darf nicht zum beruflichen Nachteil werden. Auch der Abbau von Bürokratie schafft zeitliche Kapazitäten, die es den ehrenamtlich Engagierten erleichtern, Ehrenamt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Hierfür gilt es sich auch bei den Unternehmen stark zu machen. Viele Unternehmen bieten bereits heute firmeninterne Vereinbarungen für die ehrenamtlich engagierten Mitarbeiter an. Dies gilt es zu unterstützen.

1. Frauenpolitik

1.1 Wie beabsichtigen Sie, die Parität in den Parlamenten zu sichern und sie im Wahlrecht zu verankern?

Die FDP setzt sich für Chancengerechtigkeit in der Politik ein, lehnt jedoch gesetzliche Quoten für die Zusammensetzung der Parlamente ab. Statt Zwangsvorgaben setzen wir auf die Stärkung individueller Wahl- und Beteiligungsmöglichkeiten, um mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen. Wir wollen Barrieren abbauen, die Frauen an einer aktiven politischen Beteiligung hindern, beispielsweise durch bessere Vereinbarkeit von Mandat und Familie und gezielte Programme zur Förderung politisch engagierter Frauen. Entscheidend ist für uns, dass Mandate aufgrund von Kompetenz und demokratischer Wahl vergeben werden und nicht durch gesetzliche Quotenregelungen, die in die Wahlfreiheit der Bürgerinnen und Bürger eingreifen.

1.2 Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Altersarmut von Frauen beseitigen?

Die FDP setzt sich für eine eigenständige und faire Alterssicherung für Frauen ein, die Altersarmut gezielt verhindert. Ein zentrales Problem ist, dass viele Frauen aufgrund von Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit oder geringeren Einkommen niedrigere Rentenansprüche haben. Daher müssen strukturelle Hürden beseitigt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen gestärkt werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessern. Ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung ermöglichen Müttern eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Gleichzeitig stärken wir die ökonomische Freiheit von Frauen durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5. Familien und Alleinerziehende wollen wir entlasten, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessert wird. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege muss erleichtert werden, weshalb wir uns für den Ausbau von Kurz- und Tagespflegeangeboten für pflegebedürftige Angehörige einsetzen.

Um Altersarmut gezielt zu verhindern, wollen wir, dass Paare bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Care-Arbeit standardisiert die Möglichkeit des Rentenpunkte-Splittings wahrnehmen können. Gleichzeitig setzen wir uns für eine stärkere wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen ein – sei es durch eine bessere Förderung von Gründerinnen oder eine gezielte Begeisterung von Mädchen für MINT-Fächer und Entrepreneurship. Der Zugang von Frauen zu staatlich geförderten Venture-Capital-Fonds soll erleichtert werden, damit sie bessere Chancen auf Finanzierung und Wachstum ihrer Unternehmen haben. Zudem fordern wir einen flexiblen und freiwilligen Mutterschutz für selbstständige Frauen, damit Schwangerschaft nicht zum Hindernis für eine unternehmerische Tätigkeit wird.

Unser Ziel ist es, Altersarmut bei Frauen nicht nur abzumildern, sondern strukturell zu verhindern – durch bessere Erwerbsmöglichkeiten, faire Rentenregelungen und eine gezielte Förderung wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

1.3 In welcher Form werden Sie das Ehegatten-Splitting reformieren?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Reform des Ehegattensplittings ein, die moderne Familienmodelle besser abbildet und partnerschaftliche Erwerbs- und Sorgearbeit stärkt. Viele Paare wünschen sich eine gleichberechtigte Aufteilung von Beruf und Familie, doch das aktuelle Steuerrecht setzt oft falsche Anreize. Wir wollen Eltern mehr Freiheit geben, ihre Familien- und Arbeitszeit flexibel und selbstbestimmt zu gestalten.

Deshalb fordern wir, dass das Elterngeld in voller Höhe (14 Monate) ausgezahlt wird, wenn beide Partner jeweils mindestens vier Monate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate können sie frei untereinander aufteilen. Gleichzeitig setzen wir uns für den Ausbau einer flächendeckenden, ganztägigen Kinderbetreuung ein, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Betriebskindergärten sollen stärker gefördert werden, damit Unternehmen familienfreundlichere Strukturen schaffen können.

Um mehr Flexibilität in der Arbeitswelt zu ermöglichen, wollen wir das veraltete Arbeitszeitgesetz durch eine modernere Regelung ersetzen. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing bzw. Topsharing und Homeoffice sollen sowohl Frauen als auch Männern die Möglichkeit geben, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Unser Ziel ist es, dass Familien selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben organisieren – ohne starre staatliche Vorgaben oder steuerliche Fehlanreize.

1.4 Was planen Sie zur Stärkung des Entgelttransparenzgesetzes?

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und Fairness bei der Entlohnung ein, lehnen jedoch zusätzliche bürokratische Hürden für Unternehmen ab. Statt neuer Berichtspflichten oder starrer Quoten setzen wir auf bessere Informationsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Maßnahmen, die tatsächlich zu mehr Lohngerechtigkeit führen.

Das Entgelttransparenzgesetz in seiner aktuellen Form hat sich als wenig wirksam erwiesen, weil es kompliziert, bürokratisch und für viele Betroffene nicht praxisnah umsetzbar ist. Wir wollen das Gesetz daher effektiver gestalten, indem wir den individuellen Auskunftsanspruch stärken und Verfahren vereinfachen, sodass Beschäftigte leichter prüfen können, ob sie fair bezahlt werden. Gleichzeitig setzen wir auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um die Ursachen für Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gezielt zu bekämpfen.

Unser Ziel ist es, Lohngerechtigkeit durch Transparenz und bessere Rahmenbedingungen zu fördern – ohne neue bürokratische Belastungen, die vor allem kleinere Unternehmen überfordern würden.

1.5 Wie beabsichtigen Sie die wirtschaftliche Gleichstellung von Männern und Frauen zu realisieren?

Wir Freie Demokraten befürworten ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt nicht nur bei Führungspositionen, sondern in der Breite beruflicher Funktionen. Aufgabe des Staates ist es nicht, Diversity Management über Regulierung zu verordnen. Vielmehr geht es um politische Moderation und um die Rolle des Staates als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Wirtschaft, sozialer und öffentlicher Sektor sollen über Instrumente und den wirtschaftlichen Nutzen ganzheitlichen Diversity Managements informiert und Best Practice Dialoge sollen initiiert und unterstützt werden. Die Entwicklung einfacher und kostengünstiger Diversity-Konzepte für den Mittelstand sollen ebenfalls gefördert werden. Wir setzen uns für tatsächliche Chancengleichheit für Frauen und Männer im politischen Betrieb ein. Starre Quoten oder ein Paritätsgesetz sind für uns jedoch keine geeigneten Maßnahmen hierfür. Stattdessen setzen wir auf eine offene und transparente Parteikultur und wollen die Rahmenbedingungen für politisches Engagement für alle verbessern.

1.6 In welcher Form werden Sie die Gleichstellung grundsätzlich mitdenken und gesetzlich verankern?

Wir Freie Demokraten setzen uns für echte Chancengerechtigkeit ein, statt Gleichstellung durch starre Quoten oder Zwangsvorgaben zu definieren. Unser Ziel ist es, gleiche Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, damit Frauen und Männer ihre Lebens- und Karrierewege frei gestalten können – unabhängig von staatlichen Vorgaben oder strukturellen Hürden.

Dazu gehört eine moderne Familienpolitik, die Frauen und Männern ermöglicht, Beruf und Familie selbstbestimmt zu vereinbaren. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, flexiblere Arbeitsmodelle und die Abschaffung steuerlicher Fehlanreize wie der Steuerklassen 3 und 5 sind essenzielle Bausteine für mehr Gleichberechtigung im Alltag. Wir setzen zudem auf faire Aufstiegschancen in der Arbeitswelt, die durch mehr Transparenz bei Gehältern und gezielte Förderung von Gründerinnen gestärkt werden sollen.

Statt starre Quoten gesetzlich zu verankern, setzen wir auf eine Unternehmenskultur, die Vielfalt fördert und individuelle Leistung belohnt. Denn Gleichstellung bedeutet für uns nicht erzwungene Gleichheit im Ergebnis, sondern gleiche Chancen für alle – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Lebensmodell.

1.7 Wie wollen Sie Frauen vor häuslicher Gewalt schützen und Hilfsangebote sicherstellen?

Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Die steigende Zahl an Femiziden in Deutschland zeigt, dass wir mehr Schutz und wirksamere Hilfsangebote für Betroffene brauchen. Frauenhäuser müssen flächendeckend ausreichend Plätze bieten, weshalb wir

uns für ein bundesweites Online-Register einsetzen, das in Echtzeit verfügbare Kapazitäten anzeigt. Zudem muss die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Strafverfolgung häuslicher Gewalt intensiviert werden. Betroffene müssen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Möglichkeit zur Spurensicherung erhalten.

Darüber hinaus setzen wir auf verstärkte digitale Prävention und fordern den Ausbau von Gewaltschutzambulanzen sowie die vollständige Kostenübernahme für medizinische Behandlungen nach Vergewaltigungen. Ein weiterer Schlüssel zur Gewaltprävention ist eine umfassende, inklusive und geschlechtergerechte Sexualaufklärung, die Themen wie sexuelle Selbstbestimmung, Konsens und den Umgang mit Geschlechterrollen behandelt. Auch häusliche Gewalt muss stärker thematisiert werden. Schulen und Hochschulen sollten Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt und geschlechtsbezogener Diskriminierung ergreifen – dazu gehören Präventionsprogramme, klare Meldewege für Betroffene und Schulungen für Lehrkräfte und Personal.

Unser Ziel ist ein konsequenter Schutz vor häuslicher Gewalt und eine Gesellschaft, in der Gewalt gegen Frauen keinen Platz hat.

1.8 Wie positionieren Sie sich zur Neuregelung des § 218?

Wir Freie Demokraten stehen hinter der Möglichkeit von Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch nach geltender Rechtslage vorzunehmen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine sachliche und ergebnisoffene Debatte über die Neuregelung des § 218 StGB ein. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§ 218, 218a StGB) soll im nächsten Deutschen Bundestag im Rahmen fraktionsübergreifender Gruppenanträge mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten beraten werden.

Unabhängig davon wollen wir die Angebote zur Beratung und medizinischen Versorgung von ungewollt schwangeren Frauen verbessern. Der Zugang zu einer sicheren und wohnortnahen medizinischen Versorgung muss gewährleistet sein, und Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, dürfen nicht durch strafrechtliche Regelungen eingeschüchtert oder kriminalisiert werden. Wir setzen uns für eine bessere Beratung, eine flächendeckende medizinische Versorgung und den Schutz betroffener Frauen vor Stigmatisierung ein.

Eine Reform des § 218 muss mit Augenmaß und unter Berücksichtigung medizinischer, ethischer und gesellschaftlicher Aspekte erfolgen. Unser Ziel ist eine Regelung, die sowohl die Selbstbestimmung der Frauen stärkt als auch einen verantwortungsvollen rechtlichen Rahmen wahrt.

1.9 Welche Maßnahmen planen Sie zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesundheitspolitik?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung ein, die optimalen Diagnosen, Behandlungen und Präventionsmaßnahmen für alle sicherstellt. Medizinische Unterschiede zwischen Frauen und Männern müssen stärker in Forschung und Versorgung berücksichtigt werden, um geschlechterspezifische Erkrankungen besser zu erkennen und zu behandeln.

Deshalb wollen wir geschlechtersensible Forschung intensivieren, insbesondere zu Endometriose, PCOS, Lipödem, Brustkrebs sowie den Unterschieden zwischen Männern und Frauen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Zudem müssen diese Erkenntnisse Eingang in die breite medizinische Versorgung finden. Dazu setzen wir uns für eine gezielte Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten, Pflegekräften und anderen Heilberufen ein, damit geschlechterspezifische Aspekte in Diagnostik und Therapie stärker berücksichtigt werden. Auch digitale Gesundheitsanwendungen und neue Technologien müssen geschlechtsspezifische Unterschiede besser abbilden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbesserung der Versorgung für ungewollt Schwangere. Frauen müssen einen sicheren, wohnortnahen Zugang zu medizinischer Betreuung haben, und die Kostenübernahme eines Schwangerschaftsabbruchs muss gewährleistet sein. Bestehende medikamentöse Abbruchmethoden sollten leichter zugänglich gemacht und durch medizinisches Personal sowie Hebammen begleitet werden können. Unser Ziel ist eine moderne, geschlechtergerechte Gesundheitspolitik, die alle Menschen bestmöglich versorgt und individuelle Bedürfnisse berücksichtigt.

2. **Frauen in der Landwirtschaft**

2.1 In welcher Weise stellen Sie den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln sicher?

Wir Freie Demokraten setzen auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die allen landwirtschaftlichen Betrieben gleiche Chancen bieten – unabhängig vom Geschlecht. Entscheidend ist nicht eine gesonderte staatliche Förderung für Frauen, sondern dass alle landwirtschaftlichen Betriebe, die wirtschaftlich arbeiten, einen fairen Zugang zu Land, Ressourcen und Finanzmitteln haben.

Beim Erwerb oder der Pacht landwirtschaftlicher Flächen fordern wir mehr Transparenz und faire Vergabekriterien, damit alle Betriebe, unabhängig von der Betriebsform oder den Eigentümerstrukturen, gleiche Chancen haben. Das gilt auch für den Zugang zu Finanzmitteln: Kredite und Förderprogramme müssen leistungsorientiert vergeben werden, nicht nach Geschlecht.

Wir begrüßen es, dass es mittlerweile gezielte Angebote für Hofnachfolgerinnen und Existenzgründerinnen gibt, beispielsweise von der SVLFG (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau) oder der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Dies zeigt, dass die Wirtschaft und

berufsständische Organisationen die Bedeutung von Frauen in der Landwirtschaft erkannt haben und gezielt unterstützen.

Unser Ziel ist es, wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe zu fördern – egal, ob sie von Frauen oder Männern geführt werden. Landwirtschaftliche Unternehmen sollen sich frei entwickeln können, ohne staatliche Vorgaben oder Quoten, sondern durch faire Marktbedingungen und gezielte Entlastungen.

2.2 Wie wollen Sie die Sichtbarkeit von Frauen in der Agrarstatistik erhöhen?

Wir Freie Demokraten sehen keine Notwendigkeit für zusätzliche Berichtspflichten oder mehr Bürokratie für landwirtschaftliche Betriebe. Diese haben bereits genug administrative Aufgaben und sollten nicht weiter belastet werden. Stattdessen setzen wir darauf, Frauen in der Landwirtschaft durch bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, gezielte Förderung und Weiterbildungsmöglichkeiten zu stärken.

Ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung von Familien in der Landwirtschaft ist eine verlässliche Kinderbetreuung. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau flexibler und wohnortnaher Betreuungsangebote im ländlichen Raum ein. So erhalten Frauen die Möglichkeit, sich stärker in landwirtschaftlichen Betrieben zu engagieren oder unternehmerisch tätig zu werden, ohne dass Familie und Beruf in Konkurrenz stehen. Unser Ziel ist es, Frauen in der Landwirtschaft durch echte Chancen zu stärken – nicht durch zusätzliche Bürokratie.

2.3 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Altersarmut von Frauen in der Landwirtschaft beseitigen?

Viele Frauen in der Landwirtschaft haben aufgrund von unzureichender sozialer Absicherung ein erhöhtes Risiko für Altersarmut. Oft war ihre Arbeit in Familienbetrieben nicht als eigenständige Erwerbstätigkeit anerkannt, sodass Rentenansprüche niedriger ausfallen.

Wir setzen uns für eine bessere Absicherung von Frauen in landwirtschaftlichen Betrieben ein. Wir wollen, dass Frauen, die in der Landwirtschaft tätig sind, gezielten Zugang zu Finanzberatung und Vorsorgeprogrammen erhalten, damit sie frühzeitig eigenständig für das Alter vorsorgen können. Das Rentenpunkte-Splitting bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Care-Arbeit muss auch in der Landwirtschaft stärker genutzt werden.

2.4 Wie werden Sie zukünftig in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geschlechtergerechte Förderprogramme umsetzen?

Für uns Freie Demokraten bedeutet geschlechtergerechte Agrarförderung, dass landwirtschaftliche Familienbetriebe wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können – unabhängig davon, wer sie führt. Entscheidend ist nicht das Geschlecht, sondern die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Wir setzen uns dafür ein, dass die GAP-Fördermittel unbürokratisch und zielgerichtet vergeben werden, um Innovationen, Digitalisierung und nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen. Statt Quoten oder spezielle Vorgaben für Frauen fordern wir, dass alle landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer gleichermaßen von Förderprogrammen profitieren können.

2.5 Werden Sie gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen in der Landwirtschaft schaffen?

Wir Freie Demokraten sehen Bildung und Weiterbildung als Aufgabe der berufsständischen Eigenorganisation, nicht des Staates. In der landwirtschaftlichen Ausbildung steigt der Anteil an Frauen bereits stetig, was zeigt, dass sich die Branche zunehmend öffnet. Entscheidend ist, dass alle – Frauen wie Männer – die Möglichkeit haben, sich in der Landwirtschaft weiterzubilden und beruflich zu entwickeln.

Für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger müssen entsprechende Weiterbildungsangebote gestärkt werden, beispielsweise für Agrarbürofachfrauen und Agrarbürofachmänner oder andere spezialisierte Fortbildungen. Dabei kommt es darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Teilnahme an Kursen im ländlichen Raum erleichtern. Dazu gehört beispielsweise eine bessere Vereinbarkeit von Weiterbildung mit Familie und Betrieb, damit Männer und Frauen gleichermaßen von diesen Angeboten profitieren können.

Unser Ziel ist es, Freiräume für individuelle Entwicklung zu schaffen, statt staatliche Vorgaben zu machen. Die Landwirtschaft muss sich aus sich selbst heraus weiterentwickeln können – mit praxisnahen und flexiblen Bildungsangeboten für alle, die sich in diesem Bereich engagieren wollen.

3. Ländliche Räume

3.1 Wie wollen Sie die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein – sowohl im ländlichen Raum als auch in der Stadt. Dabei ist es uns wichtig, dass Patientinnen und Patienten einen schnellen Zugang zur medizinischen Versorgung erhalten, während gleichzeitig Ärzte und Pflegekräfte entlastet werden.

In der Krankenhausversorgung wollen wir spezialisierte Angebote fördern, um eine höhere Behandlungsqualität sicherzustellen und gleichzeitig die Kostenentwicklung zu bremsen. Die mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) begonnenen Reformen, die zu mehr Qualität und Effizienz führen, werden wir fortsetzen. Damit der notwendige Strukturwandel in der stationären Versorgung nicht ungesteuert verläuft, haben wir den Ländern bereits mit dem KHVVG Planungsinstrumente an die Hand gegeben, um ihre Sicherstellungsaufgaben besser erfüllen zu können.

In der ambulanten Versorgung setzen wir uns für ein Primärarztsystem ein, bei dem Haus- und Kinderärzte die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten sind. Um eine flächendeckende

ärztliche Versorgung sicherzustellen, fordern wir eine leistungsgerechte, ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe. Gerade im ländlichen Raum muss es attraktiver werden, als Arzt oder Ärztin zu arbeiten. Hier setzen wir auf moderne Vergütungsmodelle, eine bessere Unterstützung für Landarztpraxen und den verstärkten Einsatz digitaler Lösungen, um Distanzen zu überbrücken.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die bessere Vernetzung aller Versorgungsbereiche. Krankenhäuser, Arztpraxen, Notfalldienste und Rettungsdienste müssen durch eine umfassende Notfallreform besser integriert und koordiniert werden. Wir wollen die künstlichen Sektorenbarrieren zwischen ambulanter und stationärer Versorgung konsequent abbauen und die Verzahnung aller Gesundheitsbereiche vorantreiben.

Gerade für den ländlichen Raum ist eine moderne, zukunftssichere Gesundheitsversorgung entscheidend, damit Menschen auch außerhalb von Ballungszentren die gleiche Qualität an medizinischer Betreuung erhalten. Dafür setzen wir uns mit konkreten Maßnahmen und gezielten Reformen ein.

3.2 Gehört für Sie die Geburtshilfe zur medizinischen Grundversorgung?

Ja, die Geburtshilfe gehört für uns zur medizinischen Grundversorgung. Gerade im ländlichen Raum beobachten wir mit großer Sorge, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Geburtsstationen geschlossen wurden. Das ist nicht hinnehmbar, denn es geht um Leben und Gesundheit von Müttern und Kindern. Eine wohnortnahe Geburtshilfe muss gewährleistet sein, damit Schwangere nicht lange Wege auf sich nehmen müssen und im Notfall schnelle Hilfe gewährleistet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Geburtshilfe auch in ländlichen Regionen gesichert und gestärkt wird – durch bessere finanzielle Unterstützung für Krankenhäuser, attraktivere Arbeitsbedingungen für Hebammen und Ärztinnen sowie eine gezielte Förderung der Geburtshilfe-Infrastruktur.

Zudem muss auch die Nachsorge für betroffene Familien nach Fehl- und Totgeburten verbessert werden. Neben der medizinischen Betreuung braucht es ausreichend Unterstützungsangebote, darunter spezialisierte Rückbildungskurse für Mütter von Sternenkindern. Geburtshilfe endet nicht mit der Entbindung – sie muss Familien in allen Situationen begleiten.

3.3 In welcher Form wollen Sie die häusliche Pflege als Teil der Daseinsvorsorge stärken?

Die häusliche Pflege ist ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge und muss gestärkt werden, um Pflegebedürftigen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, pflegende Angehörige besser zu entlasten, indem Pflegegeld- und Sachleistungsmodelle flexibler gestaltet werden und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert wird. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden abgebaut werden, damit der Zugang zu Pflegeleistungen einfacher und schneller erfolgt.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Bekämpfung des Fachkräftemangels in der ambulanten Pflege. Durch attraktivere Arbeitsbedingungen und gezielte Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft ausreichend Pflegepersonal zur Verfügung steht. Zudem sehen wir große Chancen in der Digitalisierung und dem Einsatz innovativer Technologien, beispielsweise in der Telemedizin und durch digitale Unterstützungsangebote, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entlasten können. Unser Ziel ist es, Menschen mehr Freiraum für individuelle Pflegearrangements zu geben, anstatt sie durch starre Vorgaben einzuschränken.

3.4 Wie soll Wohnen und Leben im ländlichen Raum attraktiv gestaltet werden?

Um vom Leerstand bedrohte Dörfer und Stadtteile zu beleben, wollen wir einen Vitalisierungsfonds schaffen, mit dem Kommunen beim An- und Verkauf von Leerstandsflächen unterstützt werden. Die Hessische Landgesellschaft (HLG) soll hierfür eine erweiterte Aufgabenstellung erhalten. Strukturschwache Kommunen, die nicht eigenständig handeln können, sollen mit zinslosen Darlehen für bis zu 24 Monate gefördert werden, um innerörtliche Neubaupotenziale zu erschließen. Durch eine gezielte Einbindung der Denkmalpflege können Kommunen durch Abbruch und Grundstücksbereinigung Flächen für neue Wohnprojekte entwickeln, ohne weiter in die Fläche zu wachsen. Der Fonds finanziert sich langfristig durch den Weiterverkauf dieser aufbereiteten Flächen.

Insbesondere junge Familien sollen beim Erwerb von Wohneigentum im ländlichen Raum unterstützt werden. Mit unserem landesweiten Startcheck „Jung kauft alt“ setzen wir gezielt Anreize für junge Familien, ältere Gebäude in Ortskernlagen zu erwerben und zu sanieren. Über die WIBank wollen wir zinsvergünstigte Darlehen bereitstellen, um Wohneigentum auf dem Land attraktiver zu machen. So vermeiden wir Leerstand, erhalten bestehende Bausubstanz und beleben die Ortskerne.

Darüber hinaus braucht es eine moderne und gut ausgebaute Infrastruktur, damit das Leben auf dem Land nicht nur bezahlbar, sondern auch komfortabel bleibt. Dazu gehören ein leistungsfähiger ÖPNV, digitale Anbindungen, wohnortnahe Bildungs- und Betreuungsangebote sowie eine gute medizinische Versorgung. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum nicht als Randgebiet zu behandeln, sondern als attraktiven Lebensraum mit Zukunftsperspektiven für Familien, Berufstätige und Unternehmen.

3.5 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Mobilitätswende im ländlichen Raum vorantreiben?

Wir Freie Demokraten setzen auf eine moderne, flexible und bedarfsgerechte Mobilität im ländlichen Raum. Ziel ist es, den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten, um auch außerhalb der Städte gut angebunden zu sein – sei es durch den öffentlichen Nahverkehr, individuelle Mobilitätsangebote oder neue Technologien.

Ein zentraler Ansatz ist die Verbesserung der Anbindung und die Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger. Wir setzen uns für eine kundenorientierte Entwicklung der Haltepunkte in ländlichen

Regionen ein und prüfen die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken, um den öffentlichen Nahverkehr gezielt zu stärken.

Darüber hinaus sehen wir die Digitalisierung als Schlüssel für innovative Mobilitätslösungen. Durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur können flexible und bedarfsgerechte Angebote wie On-Demand-Verkehre, digitale Mitfahrplattformen und intelligente Verkehrssteuerung ermöglicht werden. Solche Lösungen können den klassischen Linienverkehr ergänzen und insbesondere in strukturschwachen Regionen eine echte Alternative zum eigenen Auto bieten.

Gleichzeitig fordern wir mehr Investitionen in die Straßeninfrastruktur, denn auch im ländlichen Raum bleibt das Auto für viele Menschen unverzichtbar. Ein gut ausgebautes Straßennetz und moderne Verkehrswege sind entscheidend für eine leistungsfähige Mobilität.

Wir setzen auf Innovation und Technologieoffenheit, um die Mobilitätswende im ländlichen Raum erfolgreich zu gestalten. Statt Verbote und Einschränkungen brauchen wir smarte Lösungen, die individuelle Freiheit erhalten, aber gleichzeitig klimafreundliche und nachhaltige Alternativen schaffen. Nur durch ein Zusammenspiel aus öffentlichen, digitalen und individuellen Mobilitätsangeboten wird der ländliche Raum langfristig attraktiv und zukunftsfähig bleiben.

4. Ernährung

4.1 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein flächendeckendes Netz der Beratungsstellen Verbraucherberatung erhalten und finanziell absichern?

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung und den Ausbau der Verbraucherberatung ein. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen überall – auch im ländlichen Raum – Zugang zu unabhängiger Beratung erhalten. Deshalb wollen wir die Verbraucherzentrale Hessen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, um ihr Angebot zukunftssicher weiterzuentwickeln.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Erweiterung der digitalen Verbraucherberatung. Bereits bestehende digitale Angebote sollen ausgebaut werden, sodass alle Informationen und Beratungsleistungen, die offline verfügbar sind, auch online genutzt werden können – sei es durch virtuelle Beratungstermine oder als Informationsangebot „on demand“. Dies ermöglicht eine schnellere Terminvergabe, eine größere Reichweite und ein breiteres Themenspektrum.

Zudem wollen wir die Struktur der Beratungsstellen flexibler gestalten, indem mobile Beratungsteams oder Kooperationen mit bestehenden Anlaufstellen wie kommunalen Bürgerbüros gefördert werden. So kann gewährleistet werden, dass auch Menschen in Regionen ohne feste Beratungsstellen Unterstützung erhalten.

Unser Ziel ist es, die Verbraucherberatung effizient, modern und flächendeckend zugänglich zu machen – sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum.

4.2 Wie wollen Sie die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in Privathaushalten erreichen?

Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Informationskampagnen. Diese sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die richtige Lagerung von Lebensmitteln und eine bessere Einkaufsplanung zu schärfen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD). Wir Freie Demokraten wollen die Menschen dazu ermutigen, sich stärker auf ihre eigenen Sinne zu verlassen, um zu entscheiden, ob ein Lebensmittel noch genießbar ist, anstatt sich ausschließlich auf das MHD zu verlassen. Zusätzlich könnten Anreize für Supermärkte und Restaurants geschaffen werden, um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

4.3 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie gesundheits- und klimabewusste Ernährungsbildung vorantreiben und finanzieren?

Wir Freie Demokraten setzen auf Bildung, Qualität und Eigenverantwortung, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu fördern. Anstatt auf staatliche Regulierungen und Verbote zu setzen, wollen wir Menschen befähigen, fundierte und selbstbestimmte Ernährungsentscheidungen zu treffen.

Ein zentrales Anliegen ist die Verankerung von Ernährungsbildung bereits in der frühkindlichen Bildung. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir Bildungsprogramme stärken und effektiver gestalten, sodass Kinder früh lernen, welche Bedeutung eine ausgewogene Ernährung für Gesundheit und Wohlbefinden hat. Auch in Schulen sollen entsprechende Bildungsangebote weiter ausgebaut werden, um Wissen über gesunde und klimabewusste Ernährung praxisnah zu vermitteln.

Darüber hinaus setzen wir auf bessere Beratung und Information für alle Altersgruppen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Möglichkeit erhalten, sich wissenschaftlich fundiert über gesunde Ernährung zu informieren, beispielsweise durch digitale Bildungsplattformen, freiwillige Lebensmittelkennzeichnungen und unabhängige Beratungsangebote.

Wir wollen Anreize statt Verbote schaffen und setzen uns für eine bessere Qualität und Transparenz bei Lebensmitteln ein. Unser Ziel ist es, dass Menschen sich eigenverantwortlich für eine gesunde und klimabewusste Ernährung entscheiden können – ohne staatliche Bevormundung, sondern durch bessere Bildungsangebote und verlässliche Informationen.

4.4 Wie beabsichtigen Sie, gesündere Ernährung zu erleichtern und eine Transformation in der Landwirtschaft hin zu mehr Gemüse-, Hülsenfrüchte- und Obstanbau anzustoßen?

Wir Freie Demokraten setzen auf Bildung, Marktanreize und Innovationsförderung anstelle staatlicher Eingriffe in Ernährungs- und Produktionsentscheidungen. Die landwirtschaftliche Produktion folgt der Nachfrage – nicht umgekehrt. Deshalb ist es entscheidend, das Wissen über gesunde Ernährung bereits früh zu vermitteln, damit Verbraucherinnen und Verbraucher informierte Entscheidungen treffen können.

Wir wollen Ernährungsbildung bereits in der KiTa und Schule stärken, damit Kinder früh die Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung verstehen. Verändert sich das Konsumverhalten, wird auch die heimische Landwirtschaft darauf reagieren.

Statt Vorgaben setzen wir auf bessere Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe, die ihre Produktion diversifizieren wollen. Durch den Abbau bürokratischer Hürden, eine gezielte Innovationsförderung und bessere Vermarktungsmöglichkeiten sollen Landwirtinnen und Landwirte flexibler auf Marktveränderungen reagieren können.

Staatliche Eingriffe zur Lenkung des Konsumverhaltens oder zur Steuerung landwirtschaftlicher Produktionsentscheidungen lehnen wir ab. Die Transformation der Landwirtschaft muss aus dem Markt und durch eine informierte Verbraucherentscheidung heraus erfolgen – nicht durch Bevormundung oder Zwang.

4.5 Wie stehen Sie zu der Absicht, die Produktion von Insekten als Lebensmittel zu befördern und die Entwicklung der Konsumentennachfrage auszubauen?

Wir Freie Demokraten setzen auf Innovationsförderung und marktwirtschaftliche Lösungen – auch im Bereich der Insekten-Biotechnologie. Die industrielle Zucht von Insekten bietet nachhaltige Alternativen in verschiedenen Bereichen, darunter Kosmetik, Autoindustrie und Baustoffe. Wir begrüßen daher Projekte wie die geplante Ansiedlung einer Insektenfarm am Fraunhofer-Institut in Gießen, da sie Forschung, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze fördern können.

Auch in der Landwirtschaft kann die Insektenzucht eine Rolle spielen, insbesondere als Proteinquelle für Tierfutter oder als Beitrag zur Kreislaufwirtschaft. Hier sehen wir Potenzial für innovative Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe, die sich in diesem Bereich engagieren möchten.

Eine staatliche Förderung der Konsumentennachfrage für Insekten als Lebensmittel lehnen wir jedoch ab. Die Entscheidung, ob Insekten Teil der Ernährung werden, liegt bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Wir setzen darauf, dass sich neue Produkte durch Qualität, Preis und Akzeptanz am Markt durchsetzen – nicht durch staatliche Lenkung oder Subventionen. Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sollten gefördert werden, um Deutschland als modernen Innovationsstandort weiter zu stärken.

5. Natur – Nachhaltigkeit – Klimaschutz

5.1 Wie stellen Sie sich klimabewusste Ernährung für Verbraucher*innen vor?

Wir Freie Demokraten setzen auf Eigenverantwortung, Transparenz und die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, um klimabewusste Ernährung zu fördern. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten auf Grundlage verlässlicher Informationen selbstbestimmt entscheiden können, welche Ernährungsweise sie für sich als klimafreundlich erachten.

Regionalität und Saisonalität sind aus unserer Sicht die zentralen Hebel für eine nachhaltigere Ernährung. Daher setzen wir auf die Förderung regionaler Vermarktungsstrukturen wie Hofläden, Wochenmärkte und Direktvermarktung sowie auf Innovationen wie teilmobile Schlachtung, um Tiertransporte zu reduzieren. Eine nachhaltige, klimafreundliche Landwirtschaft funktioniert dann am besten, wenn sie wirtschaftlich tragfähig bleibt und durch verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt wird.

Zudem ist Ernährungsbildung entscheidend, um Verbraucherinnen und Verbrauchern Wissen über die Saisonalität von Obst- und Gemüsesorten zu vermitteln. Statt Verbote oder staatliche Lenkung fordern wir mehr Transparenz über die ökologischen Auswirkungen von Lebensmitteln, damit Menschen eigenverantwortlich klimabewusste Entscheidungen treffen können. Unser Ziel ist es, nachhaltige Ernährung durch Anreize, Innovation und Bildung zu unterstützen – nicht durch Bevormundung oder Regulierung.

5.2 Unterstützen Sie die DGE-Ernährungsempfehlungen und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Wir Freie Demokraten wollen den Bürgerinnen und Bürgern die Verantwortung für ihre eigene Ernährungsweise nicht abnehmen. Bei gesunder Ernährung kommt es auf jeden Einzelnen an, nicht auf Scheinlösungen, die in Parlamenten getroffen werden.

5.3 Wie sehen Sie die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland?

Landwirtschaft ist AUCH Wirtschaft. Wir Freie Demokraten wollen, dass Landwirte endlich wieder als das wahrgenommen werden, was sie sind, nämlich Unternehmer. Wir wollen nicht, dass Landwirte zu staatlich finanzierten Landschaftsgärtnern gemacht werden. Die Landwirte sollen von ihren selbst erwirtschafteten, am Markt erlösten Gewinnen leben können.

Eine intensive landwirtschaftliche Produktion steht nicht im Widerspruch zu Nachhaltigkeit, Natur-, Arten- und Tierschutz. Wie in anderen Wirtschaftsbereichen gibt es Zielkonflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten. Die müssen bestmöglich gelöst werden. Es geht nicht darum, den Wunsch nach einer niedlichen Bilderbuch-Landwirtschaft zu befriedigen. Notwendig ist eine Politik, die die gesamte Landwirtschaft nachhaltiger und zugleich produktiver macht, statt die Nachhaltigkeit auf Kosten der Produktivität zu verbessern.

5.4 Wie werden Sie konkret die Flächenversiegelung reduzieren?

Wir Freie Demokraten wollen eine optimale Flächenkreislaufwirtschaft etablieren und dadurch eine Reduzierung des Flächenverbrauchs erreichen. Dazu zählt auch, die Flächenentsiegelung gezielt zu fördern.

5.5 Wie wollen Sie die Netto-Null-Neuversiegelung der Flächeninanspruchnahmen bis 2030 erreichen?

Wir Freie Demokraten wollen eine positive wirtschaftliche Entwicklung erreichen und dabei möglichst sparsam mit der Versiegelung neuer Flächen umgehen.

6. Ehrenamt und Demokratie

6.1 Wie beabsichtigen Sie ein Demokratiefördergesetz zu errichten?

Wir Freie Demokraten unterstützen die Errichtung eines Demokratiefördergesetzes, das als schlankes Gesetz konzipiert ist, um Maßnahmen der Demokratieförderung zu ordnen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, bestehende Förderprogramme unter einem gemeinsamen rechtlichen Dach zu bündeln, um eine langfristige, altersunabhängige und bedarfsorientierte Förderung zu ermöglichen.

Die FDP legt Wert darauf, dass die geförderten Institutionen und Organisationen sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und die Demokratie, Freiheit und Liberalität der Gesellschaft verteidigen und fördern.

6.2 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Demokratie stärken und die Teilhabe durch Engagement sowie das Ehrenamt fördern?

Ein zentraler Ansatz ist die Förderung und Bedeutung von Bildung und Aufklärung, um das Bewusstsein für demokratische Werte zu stärken. Die FDP setzt sich für eine umfassende politische Bildung ein, die bereits in Schulen beginnt und lebenslanges Lernen fördert. Zudem sollen für eine lebhaftere Demokratie Presse- und Meinungsfreiheit geschützt werden. Für das Ehrenamt wollen wir Haftungsrisiken und Bürokratie drastisch reduzieren. Darüber hinaus setzen wir uns für die Anpassung von Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüssen sowie relevanten Einnahmegrenzen ein. Das ist ein Zeichen der Anerkennung für ihre wichtige Arbeit.

6.3 Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinbarkeit von Ehrenamt und Beruf?

Ein zentraler Ansatzpunkt ist der Abbau bürokratischer Hürden, um den Zugang zum Ehrenamt zu erleichtern und die Attraktivität des Engagements zu erhöhen. Die FDP betont die Notwendigkeit flexibler Arbeitszeitmodelle, die es den Menschen ermöglichen, auch ihre beruflichen Verpflichtungen mit ehrenamtlichem Engagement zu vereinbaren.